

zum Abbau der Spannungen zu beschreiten. Auch akzeptiere man gern, sobald es möglich sei, eine atomwaffenfreie Zone, der u.a. Pakistan angehören solle (Interview mit Benazir Bhutto in BRu, 1989, Nr.7 und 8, S.13 ff.).

Während ihr Vorgänger Zia ul-Haq eher die fundamentalistischen Gruppierungen in Afghanistan unterstützen wollte, will Benazir Bhutto kein einseitiges Engagement Pakistans. Die neue Regierung wolle sich auf keinen Fall in den internen Streit der Mujaheddin-Gruppen einmischen. Vielmehr befürworte sie eine afghanische Regierung auf breiter Basis. Da das Militär, das über seine ISI (Interservices Intelligence) die Logistik für die afghanischen Mujaheddin organisiert, nach wie vor die Fundamentalisten favorisiert, könnte es hier zu einem innenpolitischen Konflikt zwischen Armee und der neuen Ministerpräsidentin kommen. Frau Bhutto scheint dies aber in Kauf zu nehmen - zumindest gab sie in Beijing entsprechende Versicherungen ab.

Eine Frage, die höchstwahrscheinlich besprochen, aber in der Öffentlichkeit nicht ventiliert wurde, ist die "islamische Atombombe", die in Pakistan angeblich entwickelt wird und bei der China Entwicklungshilfe geleistet haben soll. Seit Jahren heißt es zu diesem Thema sowohl in Beijing als auch in Islamabad, daß die pakistanische Regierung ausschließlich an einer friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert sei. Doch niemand glaubt solchen Versicherungen: weder die beiden Supermächte noch Indien. Die Amerikaner haben sogar schon eine Zeitlang überlegt, ob sie nicht die Hilfgelder für Pakistan streichen sollten, solange Pakistan nicht auf den Erwerb von Kernwaffen ausdrücklich verzichten wolle. Auch die andere Supermacht, die UdSSR, wünscht keine Atomwaffenmacht Pakistan.

Das Mißtrauen hinsichtlich der atomaren Pläne Pakistans war erst jüngst wieder aufgeflammt, als das Land Anfang Februar zwei neu entwickelte Raketen testete, die eine Reichweite von 300 bzw. 80 km haben und die auch mit Atomwaffen bestückt werden kön-

nen (The Working People's Daily, Rangoon, 8.2.89). Vermutlich wurden diese Raketen mit Hilfe Chinas entwickelt oder dort vielleicht sogar gebaut.

Beim Zusammentreffen mit ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang kam es zu der Vereinbarung, daß zwischen der KPCh und der von Zulfikar Ali Bhutto gegründeten "Pakistanischen Volkspartei" (PVP) formelle Beziehungen errichtet werden sollen (XNA, 12.2.89).

Zhao Ziyang hatte noch im Juni 1987 in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident die Islamische Republik Pakistan besucht und war dort mit Benazir Bhuttos Vorgänger, Zia ul-Haq, zusammengetroffen.

In Shanghai begrüßte Deng Xiaoping die "jüngste Ministerpräsidentin der Welt", gab ihr, wie *Le Monde* bemerkt, wohlwollend "patriarchalische" Ratschläge (*Le Monde*, 15.2.89) und wies auf seine lange Bekanntschaft mit der Familie Bhutto hin. Der frühere Ministerpräsident Zulfikar Ali Bhutto, der von seinem Nachfolger Zia ul-Haq hingerichtet wurde, sei ein "Freund des verstorbenen Vorsitzenden Mao Zedong" gewesen, und die Eltern Frau Bhuttos hätten besonders enge Freundschaftsbeziehungen zum früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai unterhalten.

Er, Deng, begrüße es ganz besonders, daß Frau Bhutto gegen die anderen pakistanischen Parteien keine Rache üben wolle, da ja verschiedene politische Parteien Pakistans "Freunde Chinas" seien. Die pakistanischen Kräfte sollten vereint und nicht wegen Sünden der Vergangenheit entzweit werden (TKP, 16.2.89).

Der Besuch Benazir Bhuttos bekam am Schluß fast den Charakter eines Familientreffens, kam sie doch nicht nur mit Deng Xiaoping zusammen, sondern auch mit der Ehefrau des verstorbenen Zhou Enlai, Deng Yingzhao (XNA, 12.2.89), sowie mit einer Reihe anderer älterer Politiker, die mit ihrem Vater Kontakt hatten.

Zum Abschluß des Staatsbesuchs wurden zwei Abkommen unterzeichnet, und zwar ein Investitionsschutzabkommen und die Verlängerung des Handelsprotokolls bis 1990. -we-

Innenpolitik

*(2)

Zhao Ziyang in politischen Schwierigkeiten?

Im Februar 1989 berichteten die Zeitung *Financial Times* und die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming*, daß ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang unter starken politischen Druck von seiten konservativer und orthodox marxistisch-leninistischer Kreise innerhalb der Führung geraten sein soll. Am Ende einer Serie von Vorwürfen und Kritiken seit dem Sommer 1988 habe schließlich kürzlich die Forderung der beiden Führer der zentralen Industrie- und Planungsbürokratie Li Peng und Yao Yilin gestanden, Zhao Ziyang von seinem Amt als ZK-Generalsekretär abzulösen. Diese Forderung sei von Li und Yao gegenüber Deng Xiaoping in einem vertraulichen Gespräch erhoben worden. Als Nachfolgekandidaten seien Li Peng und Sicherheitschef Qiao Shi vorgeschlagen worden, doch Deng habe beide abgelehnt: Li könne nicht sowohl Ministerpräsident als auch ZK-Generalsekretär sein, und Qiao Shi mangle es an Statur für das Amt an der Spitze der Partei. Die beiden informellen Führer der Gegner von weitreichenden marktwirtschaftlichen Reformen, Chen Yun und Bo Yibo sollen hinter der Forderung nach der Ablösung von Zhao Ziyang als ZK-Generalsekretär stehen. So scheint es, daß Zhaos Verbleiben an der Spitze der Partei gegenwärtig allein von Deng Xiaoping abhängt. (FT, 20. u. 23.2.89; *Zhengming*, März 1989, S. 6ff.) -sch-

*(3)

Deng Xiaoping verteidigt Reformen: "Es gibt kein Zurück"

Auf einer Konferenz in Hainan am 21. Februar 1989 gab der dortige stark reformorientierte Gouverneur Liang Xiang Äußerungen von Deng Xiaoping bekannt, die ihm von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang übermittelt worden waren. Demnach hat der Architekt des nachmaoistischen Reformkurses erklärt, daß die politische Linie seit Dezember 1978 korrekt gewesen sei. "Wir haben keine großen Fehler in den vergangenen zehn Jahren gemacht", betonte Deng Xiaoping, "und kleine Fehler sind schlecht zu vermeiden".

Die gegenwärtige Bekämpfung von Inflation und Korruption seien notwendig, doch die allgemeine Leitlinie der Reform und der Öffnungspolitik würden mit Sicherheit nicht geändert werden. Die Strategie der Entwicklung der Küstenregionen, durch die einige Regionen und Personen früher als andere reich würden, sei ebenfalls korrekt. Abschließend soll Deng erklärt haben: "Hierüber darf es kein Schwanken geben, denn sonst wird ein großes Durcheinander unter dem Himmel eintreten. Ein Rückzug bringt uns nicht (aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten) heraus..." (Radio Hainan, 21.2.89, nach: SWB, 24.2.89) -sch-

*(4)

Deng Xiaoping stellt sich erneut hinter den Reformkurs

Angesichts offenbar wachsender gesellschaftlicher und parteiinterner Kritik am 1978 eingeschlagenen Reformkurs stellte sich der Architekt dieser Politik, Deng Xiaoping, Ende Februar 1989 erneut unmißverständlich hinter die Politik der letzten 10 Jahre. Deng nutzte den Aufenthalt des Staatspräsidenten von Burundi, Buyoya, in Beijing zu einem Zusammentreffen, um dem Parteivolk über die *Volkszeitung* folgendes mitzuteilen:

"Man kann mit Sicherheit sagen, daß der Weg, den China in den letzten 10 Jahren eingeschlagen hat, korrekt ist, und daß dieser Weg konsequent weiter beschritten werden muß. Auch an der Strategie der Vier Modernisierungen wird ohne Änderungen festgehalten werden."

Deng führte weiter aus, daß es zur Erreichung des "strategischen Ziels" der Modernisierung Chinas auch keine Änderungen an der Reform- und an der Öffnungspolitik geben werde. Deng Xiaoping bezeichnete die bestehenden "nicht wenigen Probleme" als "Schwierigkeiten auf dem Weg nach vorn", die überwunden werden müßten, damit China weiter voranschreiten könne. (RMRB, 23.2.89) -sch-

*(5)

Deng und Zhao betonen Notwendigkeit innenpolitischer Stabilität

Bei einem Zusammentreffen mit US-Präsident George Bush am 26. Februar 1989 erklärte Deng Xiaoping, daß für China eine stabile (innenpolitische) Lage von "größter Bedeutung" (shifen

zhongyao) sei. Wenn es hingegen kein stabiles innenpolitisches Umfeld gebe, werde es schwierig sein, Erfolge zu erzielen, und die bereits erzielten Erfolge könnten sogar verloren gehen (sic!). Deng äußerte Bush gegenüber seine "Hoffnung", daß die "ausländischen Freunde" für diesen Punkt Verständnis aufbrächten (RMRB, 27.2.89).

Deng bezog sich damit wahrscheinlich vor allem auf die wohlwollende Haltung amerikanischer Kreise gegenüber bürgerlich-demokratisch orientierten Oppositionellen wie Fang Lizhi. Der Reformflügel scheint publikumswirksame Aktionen der demokratischen Opposition zu fürchten, weil diese den konservativen und dogmatischen Kräften einen Vorwand liefern könnten, um den Reformkurs in Frage zu stellen und - wie im Falle von Hu Yaobang - den Kopf eines prominenten Reformpolitikers zu fordern.

ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang hatte bereits bei einem Zusammentreffen mit dem burundischen Staatspräsidenten Buyoya am 22. Februar 1989 erklärt, daß eine "korrekte" Politik nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreiben sondern auch für Ruhe und Ordnung sowie für Einheit im Landesinneren sorgen müsse (RMRB, 23.2.89). -sch-

*(6)

Zhao Ziyang über die gegenwärtigen Probleme

Optimistisch über die Chancen einer erfolgreichen Bekämpfung von Inflation und Korruption, in der offiziellen Politsprache als "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" (zhili jingji huanjing) und "Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" (zhengdun jingji zhixu) umschrieben, äußerte sich ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang in einem Gespräch mit dem rumänischen Innenminister am 22. Februar 1989. Bei der wirtschaftlichen Sanierung und Ausrichtung (zhili zhengdun) seien Erfolge bereits erzielt worden, doch insgesamt seien zwei bis drei Jahre notwendig, um die von der 3. Plenartagung des XIII. ZK (September 1988) gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Zhao Ziyang erklärte, daß - nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen - die Einführung der Warenwirtschaft in den sozialistischen Ländern einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte vorantreibe und einen Wirtschaftsaufschwung zur Folge habe, andererseits

aber auch eine Reihe von Problemen mit sich bringe, und zwar sowohl wirtschaftliche als auch politisch-ideologische Schwierigkeiten. Deshalb müsse man sowohl die wirtschaftlichen Entwicklung vorantreiben, als auch dagegen vorgehen, daß sich die negativen Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft in China ausbreiteten. Daraus folgerte Zhao, daß sich die Partei zwei Hauptaufgaben gleichzeitig widmen müsse:

- Erstens: Aufbau, Reform, Öffnung und Entwicklung der Warenwirtschaft;
- zweitens: politisch-ideologische Arbeit, inklusive der Arbeit auf den Sektoren des Rechts und der öffentlichen Sicherheit.

Zhao Ziyang warnte davor, angesichts der entstandenen Probleme Zweifel hinsichtlich der Reform- und Öffnungspolitik zu hegen. Dies wäre so, als wenn man aufs Essen verzichte, weil man Angst habe, sich zu verschlucken (yin ye fei shi), mit anderen Worten: Das Reformwerk darf nicht wegen momentaner Schwierigkeiten aufgegeben werden. Gleichzeitig warnte Zhao aber auch davor, die entstandenen Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen.

Zhao Ziyang nannte zwei Ursachen für die jetzt entstandenen Schwierigkeiten: Zum einen habe man die Probleme unterschätzt und sei geistig nicht darauf vorbereitet gewesen, und zum anderen habe es an Erfahrungen gefehlt, so daß es in jeder Hinsicht Anpassungsschwierigkeiten gegeben habe. Dies sei eine neue Problematik, die neuartige Lösungsmethoden erfordere, erklärte Zhao Ziyang (RMRB, 23.2.89). -sch-

*(7)

Zhao Ziyang betont Notwendigkeit der Fortführung der Reformpolitik

In einem Gespräch mit US-Präsident George Bush am 26. Februar 1989 machte ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang deutlich, daß er an der Reformpolitik festzuhalten gedenkt. Die Reformpolitik werde bereits seit 10 Jahren durchgeführt, und man sei schon einen guten Schritt vorangekommen, erklärte Zhao. Gegenwärtig sei man erst auf halbem Weg angelangt. Das Reformwerk sei noch nicht vollendet (wanheng), und die Reform sei auch noch nicht [vorzeitig] beendet (jieshu) worden. Zhao weiter: "Wir werden in

Zukunft unerschütterlich [die Reformen] fortführen und zu Ende bringen." Der Wechsel vom alten System der hochzentralisierten Planwirtschaft zur neuen Wirtschaftsordnung einer geplanten Warenwirtschaft bedeute eine Neuregelung des gesamten Wirtschaftsablaufs und die Neuausrichtung der Interessen der verschiedensten Seiten. Deshalb stellten die Reformen einen "äußerst komplizierten Prozeß" dar, der - vor allem unter den besonderen Bedingungen eines großen Landes wie China - nicht in kurzer Zeit vollendet werden könne, sondern nur Schritt für Schritt. (RMRB, 27.2.89) -sch-

* (8)

Zhao Ziyang kritisiert zwei "extreme" Standpunkte

In einem Gespräch mit US-Präsident George Bush am 26. Februar 1989 kritisierte ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang "zwei gegenwärtig in China existierende Positionen, die jeweils ins Extreme gehen und sich doch gegenseitig beeinflussen":

- Die Vertreter der einen Position erhöhen den Vorwurf, das die Reformen in die "falsche" Richtung geführt hätten (gao "huai" le), und sie wollten deshalb in die alte Richtung zurückkehren. Diese Position sei nicht populär.

- Die Vertreter der anderen Position seien der Ansicht, daß die Schwierigkeiten bei der Reform des Wirtschaftssystems politischer Natur seien. Sie würden deshalb dafür eintreten, daß das westliche Mehrparteiensystem und der westliche Parlamentarismus in China eingeführt werden sollten. Die Verfechter dieser Position seien allerdings "eine extrem kleine Minderheit". Abgesehen von ihrer ideologischen Problematik lasse diese Position die realen Verhältnisse in China außer acht, die eben die Verwirklichung solcher Forderungen unmöglich machten.

Zhao erhob gegenüber den Verfechtern westlicher Demokratievorstellungen in China den Vorwurf, daß sie in Wirklichkeit nicht die Reformen vorantreiben würden, sondern nur jenen einen Vorwand lieferten, die die Reformen zurücknehmen wollten, was zu sozialen Unruhen führen könnte. Zumindest würden die westlich orientierten Oppositionellen die Hindernisse für die Reformpolitik erhöhen,

schlimmstenfalls könnten sie einen Rückschlag für die gesamte Reformpolitik auslösen. "Dies hätte schwerwiegende Folgen", fügte Zhao hinzu.

In diesem Zusammenhang äußerte Zhao die Ansicht, daß jene Amerikaner, die die westlich orientierten Oppositionellen in China unterstützten, nicht zur Stabilisierung der politischen Lage und zur Durchsetzung der Reformen in China beitragen würden. (RMRB, 27.2.89) -sch-

* (9)

Mitglied des Ständigen NVK-Ausschusses fordert Begrenzung politischer Macht: Von kapitalistischen Demokratien lernen

Den stärkeren Ausbau von Demokratie und Rechtssystem forderte am 20. Februar 1989 das Mitglied des Ständigen Ausschusses des VII. NVK, Duan Suquan, auf der 6. Sitzung des Ständigen Ausschusses. Das wichtigste Element sei dabei, daß auf der gesetzlichen Ebene ein Mechanismus zur Einschränkung von Macht (dui quanli de zhiheng jizhi) eingebaut werde. Duan forderte zu diesem Zweck eine "wirkliche Entfaltung" der diesbezüglichen Rolle des nationalen Parlaments, wie z.B.

- die Etablierung eines Systems der öffentlichen Überwachung der Regierung durch den Nationalen Volkskongreß,
- die Einführung des Interpellationsrechts (zhixun zhidu),
- die Einführung der Möglichkeit des Vertrauensvotums (xinren zhidu) des Parlaments gegenüber der Regierung,
- die Einführung der Möglichkeit der öffentlichen Anklage höchster staatlicher Würdenträger durch den Nationalen Volkskongreß (tanhe zhidu: Impeachment) usw.

Auf diese Weise werde die Regierung dazu gebracht, Politik öffentlich, unparteiisch und gerecht zu gestalten, meinte der mutige Parlamentarier.

Für den Nationalen Volkskongreß forderte Duan, daß Debatten (im Plenum) gefördert werden sollten. Unter der Voraussetzung, daß garantiert sei, daß die Macht von der Mehrheit ausgeübt werde, sollte es Minderheiten erlaubt sein, ihre Vorstellungen und Positionen nicht nur beizubehalten, sondern auch weiterhin vorzutragen und daran festzuhalten.

Die Gewerkschaften, den Frauenverband, den Jugendverband u.a. sog. Massenorganisationen forderte Duan auf, mehr die Interessen und Forderungen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Außerdem trat Duan dafür ein, daß der Staat das Recht auf öffentliche Meinung (yulun ziyou) gesetzlich garantieren solle. Die Medien sollten nicht nur gleichlautende Meinungen zu Wort kommen lassen, sondern auch abweichende Ansichten.

All dies berichtete die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 21. Februar 1989. Was das ZK-Organ nicht zu veröffentlichen wagte, war die von Duan Suquan vertretene Ansicht, daß China viel von den kapitalistischen Demokratien lernen könne, so z.B. die hohe Effizienz, die gegenseitige Überwachung und die genaue Gesetzesarbeit. Auch die jüngsten Bemühungen der Sowjetunion in Bezug auf die Etablierung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, die Zulassung von Meinungspluralismus und die Schaffung eines neuen Wahlsystems seien es wert, näher studiert zu werden, meinte Duan. Hierüber freilich erfuhren nur die Leser des englischsprachigen Dienstes der Nachrichtenagentur *Xinhua* (XNA, 21.2.89) und der englischsprachigen Tageszeitung *China Daily* (CD, 22.2.89). -sch-

* (10)

16. Plenarsitzung des Politbüros diskutierte Regierungsbericht

Das Politbüro des ZK der KPCh trat am 25. Februar 1989 zu seiner 16. Plenarsitzung zusammen und beschäftigte sich mit einem Diskussionsentwurf (taolun gao) des "Berichts über die Arbeit der Regierung", den Ministerpräsident Li Peng im Namen des Staatsrats auf der 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses im März vortragen wird. Nach "ernsthaften Diskussionen" (renzhen taolun) stimmte das Politbüro dem Entwurf "im Prinzip" zu und "schlug vor", noch weitere Ansichten zu dem Entwurf einzuholen und entsprechend abzuändern. Danach soll der Regierungsbericht dann direkt dem Nationalen Volkskongreß zur Beratung vorgelegt werden. Die Sitzung des Politbüros, an der drei Politbüro-Mitglieder nicht teilnahmen, wurde wie üblich von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang geleitet. (RMRB, 26.2.89) -sch-

CHINA aktuell

***(11)
6. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK**

Der Ständige Ausschuss des VII. NVK trat vom 15. bis 21. Februar 1989 zu seiner 6. Sitzung zusammen. Das ständige Parlamentsorgan faßte u.a. folgende Beschlüsse:

- Einberufung der 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses für den 20. März 1989. Auf der Tagesordnung sollen folgende Hauptpunkte stehen:
 - Bericht über die Arbeit der Regierung,
 - Plan für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Jahre 1989,
 - Staatshaushalt 1988,
 - Haushaltsbudget für 1989,
 - Verabschiedung der Verwaltungsprozeßordnung,
 - Verabschiedung der Geschäftsordnung des Nationalen Volkskongresses (RMRB, 16.2.89).
- Verabschiedung des Gesetzes über die Kontrolle von Import- und Exportwaren.
- Verabschiedung des Gesetzes über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten.
- Überweisung des Entwurfs der Verwaltungsprozeßordnung an die 2. Tagung des VII. NVK zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung.
- Überweisung des Entwurfs der Geschäftsordnung des Nationalen Volkskongresses an die 2. Tagung des VII. NVK zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung.
- Beschluß über die Zusammensetzung der Vertreter der neuen Provinz Hainan im VII. NVK (RMRB, 22.2.89). Demnach wird Hainan, das früher zur Provinz Guangdong zählte, von 15 Abgeordneten vertreten. Dadurch sinkt die Zahl der Abgeordneten von Guangdong von 163 auf 148.
- Verabschiedung des Prüfungsberichts der Mandatsprüfungskommission über die nachgewählten NVK-Abgeordneten (ebenda). Gegenwärtig gehören dem VII. NVK 2.965 Abgeordnete an, d.h. 13 der insgesamt 2.978 Delegiertensitze sind gegenwärtig vakant.

- Veröffentlichung des Entwurfs des "Grundgesetzes für das Sonderverwaltungsgebiet Hongkong der Volksrepublik China" und weiterer diesbezüglicher Dokumente (Texte in RMRB, 24.2.89; s.a. die Erläuterungen von Ji Pengfei in RMRB, 16.2.89).

Auf Beschluß der 6. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK vom 21. Februar 1989 veröffentlichte die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 24. Februar 1989 den Entwurf des "Grundgesetzes für das Sonderverwaltungsgebiet Hongkong der Volksrepublik China" (Zhonghua renmin gongheguo Xianggang tebie xingzheng qu jiben fa), der 159 Artikel in 9 Kapiteln umfaßt.

Gleichzeitig wurden auch die folgenden drei Anhänge des künftigen Grundgesetzes von Hongkong veröffentlicht:

- "Verfahren zur Ermittlung des Gouverneurs (zhangguan) des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong",
- "Verfahren zur Ermittlung der gesetzgebenden Versammlung (lifa hui) des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong" und
- "Nationale Gesetze, die (auch) im Sonderverwaltungsgebiet Hongkong Gültigkeit haben".

Schließlich wurden auch die folgenden zwei Dokumente veröffentlicht:

- Vorschlag des Komitees zur Erstellung des Grundgesetzes für das Sonderverwaltungsgebiet Hongkong bezüglich der Errichtung einer Kommission des Ständigen Ausschusses des NVK, die für die Probleme im Zusammenhang mit der Durchführung der Bestimmungen des Grundgesetzes für das Sonderverwaltungsgebiet Hongkong zuständig ist, und
- Vorentwurf (cao'an daimgao) eines Beschlusses des Nationalen Volkskongresses über das Verfahren der Etablierung der 1. Regierung und der 1. gesetzgebenden Versammlung des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong.

In dem Beschluß des Ständigen Ausschusses des NVK bezüglich der Veröffentlichung der o.g. Dokumente heißt es, daß bis Ende Juli 1989 Stellungnahmen hierzu eingeholt werden sollen, die bis Mitte August 1989 an das Komitee zur Erstellung des Grundgesetzes von Hongkong weitergeleitet worden sein müssen. Das Ko-

mitee soll das Grundgesetz und die Anhänge sowie die diesbezüglichen Dokumente dann noch einmal anhand der Stellungnahmen überprüfen und überarbeiten und die dann erstellten Entwürfe zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung der 3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses im Jahre 1990 unterbreiten. -sch-

***(12)**

**Zu starkes Bevölkerungswachstum:
Im Jahre 2000 1,3 Mrd. Chinesen?**

Verschiedene statistische Angaben und Untersuchungsergebnisse zur Bevölkerungsentwicklung in der Volksrepublik China lassen den Schluß zu, daß die VRCh im Jahre 2000 wahrscheinlich zwischen 1,25 und 1,3 Mrd. Bewohner zählen wird. Bereits heute scheint sicher, daß das 1980 verkündete Ziel, die Zahl der Bevölkerung bis zur Jahrtausendwende nicht über 1,2 Mrd. steigen zu lassen, nicht erreicht werden kann.

Im April 1989 wird die Bevölkerung der VRCh (d.h. Taiwan, Hongkong und Macao nicht einberechnet) bereits 1,1 Mrd. Menschen zählen (RMRB, 22.2.89).

1988 lag die natürliche Bevölkerungszuwachsrates mit 1,420 Prozent nur geringfügig unter der des Jahres 1987, die offiziell mit 1,439 % angegeben wird (TKP, 16.2.89). Die Geburtenrate lag in den letzten drei Jahren kontinuierlich über 2 % und die natürliche Bevölkerungszuwachsrates immer über 1,4% (RMRB, 20.2.89). Um das alte Ziel von unter 1,2 Mrd. zu erreichen, müßte die Zuwachsrates jedoch bei nur 1,0 % liegen. Dies ist in den vergangenen 10 Jahren jedoch nur 1984 annähernd gelungen, wie die folgende Aufstellung der offiziellen Bevölkerungszuwachsrates zeigt:

1978:	1,200 %
1979:	1,161 %
1980:	1,187 %
1981:	1,455 %
1982:	1,449 %
1983:	1,154 %
1984:	1,081 %
1985:	1,123 %
1986:	1,408 %
1987:	1,439 %
1988:	1,420 %

Allein 1987 wurden 3 Millionen Kinder mehr als geplant geboren (BRu, 4/89, S. 8) - in Wirklichkeit dürften es jedoch noch mehr sein, denn viele

"außerplanmäßige" Neugeborene werden nicht gemeldet. Dies gilt vor allem für den ländlichen Bereich, wo nach einer Untersuchung des Zentralen Statistischen Amtes knapp ein Drittel der Neugeborenen im Zeitraum von Januar 1987 bis Oktober 1988 nicht gemeldet wurden (sic!), während in den städtischen Gebieten nur 2,35% der Neugeborenen von ihren Eltern 'unterschlagen' wurden. Der Anteil der nicht gemeldeten Neugeborenen dürfte sich im Landesdurchschnitt zwischen 17 und 20% bewegen (vgl. FEER, 2.3.89, S. 63-64).

Statistisch kaum zu erfassen und von den Familienplanungsbehörden kaum zu kontrollieren sind die Wanderarbeiter und ihre Familien, die mittlerweile insgesamt 50 Millionen Menschen umfassen (RMRB, 26.2.89).

Nur knapp über 50% der Ehepaare halten sich nach Aussagen der Vorsitzenden der Zentralen Familienplanungskommission Peng Peiyun an die staatliche Familienplanungspolitik, die - von Ausnahmen abgesehen - die Ein-Kind-Familie fordert. Rund 20% der Ehepaare haben zwei Kinder, und weitere 20% haben drei und mehr Kinder. Rund 10% der Frauen sind unter 20 Jahre alt und verstoßen damit ebenfalls gegen die Familienplanungspolitik. In den Städten halten sich nach Auskunft von Frau Peng Peiyun die meisten Frauen an das Ein-Kind-Gebot, doch auf dem Land hätten die meisten Frauen zwei Kinder und ein Teil der Frauen sogar drei und mehr Kinder. (RMRB, 22.2.89; CD, 23.2.89)

Viel wäre bereits erreicht, wenn der Anteil der Ehepaare, die drei und mehr Kinder haben, auf 5% gesenkt werden könnte, behauptet Ma Ying-tong, Berater der Familienplanungskommission, denn dann könne die Obergrenze von nur 1,2 Milliarden VRCh-Chinesen im Jahre 2000 eingehalten werden (TKP, 16.2.89). Angesichts des realen Anteils der Ehepaare mit drei und mehr Kindern von rund 20% erscheint eine derartige Zielvorstellung zumindest in naher Zukunft als nicht realisierbar.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Ein-Kind-Politik besser als bisher durchzusetzen, scheinen die Chancen, im Jahre 2000 zumindest weniger als 1,25 Milliarden Menschen versorgen zu müssen, gering, wenn man allein berücksichtigt, daß in den kommenden etwa 10 Jahren jährlich rund 13 Mil-

lionen Frauen ins gebärfähige Alter kommen werden. Hält der gegenwärtige Trend jedoch an, d.h. die natürliche Bevölkerungszunachsrate bleibt über 1,4%, dann rechnen chinesische Bevölkerungsexperten sogar damit, daß es im Jahre 2000 1,3 Milliarden VRCh-Chinesen geben könnte (XNA, 9.2.89). Die *Volkszeitung* warnte vor den erheblichen negativen Folgen einer derart starken Bevölkerungszunahme nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch für jeden einzelnen Chinesen, dessen Lebensstandard dann schlechter sein werde als ursprünglich geplant (RMRB, 20.2.89). -sch-

Kultur

* (13) Neue Akzente in der Bildungspolitik

Vom 12.-17. Februar 1989 fand in Beijing die diesjährige Arbeitskonferenz der Staatlichen Erziehungskommission statt. Li Tiewing, der Leiter der Erziehungskommission, nannte in seiner Rede die Hauptaufgaben der Kommission für dieses Jahr, wies auf die Probleme des Erziehungswesen hin und kündigte eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben an.

Die wichtigsten Aufgaben in der Erziehungsarbeit seien, so erklärte Li Tiewing, die Entwicklung des Erziehungswesens, die Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung und die Heranbildung von Werktätigen und qualifizierten Fachleuten "mit Idealen, Moral, Bildung und Disziplin". Diese vier Attribute (chinesisch kurz "si you") waren bereits vor zwei Jahren während der Arbeitskonferenz der Staatlichen Erziehungskommission vom damaligen Vorsitzenden Li Peng als Bildungsziele genannt worden, allerdings nur in Bezug auf Hochschulstudenten (vgl. C.a., 1987/2, Ü 21).

Li Tiewing erklärte weiter, daß es trotz der bislang erzielten Erfolge noch zahlreiche Probleme gebe: Die zur Verfügung stehenden Mittel seien begrenzt, der Lehrerberuf habe ein zu geringes Ansehen, die Struktur des Erziehungswesens sei unbefriedigend, die Ausbildung entspreche nicht den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung usw. China habe

eine große Bevölkerung, doch nur begrenzte Naturressourcen; daher müsse sich der Wirtschaftsaufbau auf den Fortschritt der Naturwissenschaften und die Erhöhung des Ausbildungsniveaus der Werktätigen stützen. Noch immer aber gebe es über 200 Mio. Analphabeten im Lande, und die durchschnittliche Schulzeit betrage nur fünf Jahre. Li Tiewing kündigte eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben im Erziehungswesen an (und zwar um beinahe 16%, einem Bericht der *China Daily* vom 20.2.89 zufolge), fügte aber hinzu, daß Erziehung und Ausbildung nicht allein mit staatlichen Mitteln zu finanzieren seien. Er ermutigte Unternehmen, Einzelpersonen und Organisationen, Schulen zu gründen.

Um den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, müsse die Effizienz des Bildungswesens erhöht werden, forderte Li Tiewing. Vor allem in Gebieten, die für die wirtschaftliche Entwicklung relevant seien, müsse die Erziehung und Ausbildung verbessert werden. Auf dem Lande herrsche großer Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Daher sei dem Primar- und Sekundarschulbereich besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Den dort beschäftigten Lehrern stellte Li Tiewing Gehaltserhöhungen in Aussicht (RMRB, GMRB, 19.2.89).

Die Regierung ist offenbar entschlossen, neue Akzente in der Bildungspolitik zu setzen. Bislang war in erster Linie das Hochschulwesen gefördert worden. So sind die Kredite von 200 Mio. US-Dollar, die China in den vergangenen acht Jahren bei der Weltbank aufgenommen hat, beinahe ausschließlich zur Entwicklung der höheren Bildungsanstalten und zum Ausbau von akademischen Austauschprogrammen verwandt worden (GMRB, 21.2.89). -cre-

* (14) Universitätsverlage in Schwierigkeiten

In einem Artikel in der *Guangming-Zeitung* wurde kürzlich auf die schwierige Situation der Universitätsverlage aufmerksam gemacht. Die insgesamt 81 Verlage sind von dem explosionsartigen Anstieg der Druck- und Papierkosten (um mindestens 70% gegenüber dem Vorjahr; SWB, 1.3.89) besonders hart betroffen. Etwa 80% ihrer Produktion machen wissenschaftliche Publikationen aus: Monographien, Lehrmaterialien und Nachschlagewer-